

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Wohnungswesen
Band: 2 (1927)
Heft: 10

Artikel: Wohnungen für kinderreiche Familien in Basel : nach dem Abstimmungskampf vom 10./11. Sept. 1927
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-100254>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sein Vorschlag, neue Erhebungen zu veranstalten, wurde angenommen.

Die dritte Sitzung war der Beratung über die besten Mittel zur Förderung der Kleingartenbewegung überhaupt unter Sicherung des Kleingartenlandes im besonderen gewidmet. Der belgische Referent, Herr Crutzen-Verviers, ist der Ansicht, es sei auf die Erwerbung des Kleingartenbodens das Hauptgewicht zu legen. Zu diesem Zwecke macht er folgende Vorschläge: Die Kleingärtnerorganisationen, indem sie sich auf die Sparsamkeit der Arbeiterschaft stützen, gründen Genossenschaften, die dem einzelnen Kleingärtner die dauernde Benützung von Gartenland für die Kultur der für den Haushalt nötigen Gemüse und Blumen gewährleisten. — Sie treten ein für eine Sondergesetzgebung, die ihnen a) die Erhaltung der bereits erzielten Ergebnisse erlaubt, b) ermöglicht überall Kleingartenanlagen zu errichten und zu entwickeln, indem sie die Erwerbung des Bodens erleichtert. Der Berichterstatter ist überzeugt, dass der Besitz eines Kleingartens jeden Menschen in materieller, hygienischer, moralischer und sozialer Hinsicht fördern werde. Der Kleingarten vermehrt das Glück und den Frieden und vermindert den Neid. — Die Vorschläge werden einstimmig angenommen.

In der vierten Sitzung berichten die österreichischen Delegierten, Reissberger und Gogg über die Grundsätze der Gesetzgebung zugunsten des Kleingartenwesens. Sie schlagen u. a. vor, dass

- 1) die Ortsbehörden das nötige Kleingartenland zur Verfügung stellen,
- 2) die gegenwärtig bestehenden Kleingärten zu erhalten und als Dauergärten zu erklären seien.
- 3) in den Bebauungsplänen der Städte genügend grosse Bodenflächen zum Zwecke der Einrichtung von Volksparks und Kleingärten vorzubehalten seien;
- 4) in Fällen unumgänglich notwendiger Räumung gegenwärtig bestehender Kleingartenareale die Behörden verpflichtet sein sollen, für mindestens gleichwertigen Ersatz zu sorgen;
- 5) in solchen Räumungsfällen der durch die Arbeit der Bebauer geschaffene Mehrwert des Bodens diesen Bebauern in Form einer Entschädigung, die ihnen die Neuanlage eines Kleingartens erleichtern soll, ausgerichtet werden;
- 6) alle neu anzulegenden Kleingartenareale nur als Dauerareale angelegt werden;
- 7) die Behörden Kredite und Leihgeld auf lange Frist und zu niedrigem Zinsfuss beschliessen, um den Ankauf von Kleingartenarealen zu ermöglichen;
- 8) in Fällen der Räumung zum Zwecke der Errichtung billiger Wohnungen der Kleingärtner das Vorrecht auf Besitzergreifung, Miete oder Kauf der Wohnung habe.

Nach der vierten Sitzung wurden die Kongressisten im Regierungsgebäude vom Minister für Volkswohlfahrt empfangen und nachher im Stadthause vom Stadtoberhaupt begrüßt.

In der fünften Sitzung berichtete der schweizerische Delegierte über Zeit, Ort und Gegenstand des nächsten Kongresses. Dieser wird im Jahre 1929 in Deutschland abgehalten werden.

In der sechten (Schluss-) Sitzung fasste der Präsident des Internationalen Verbandes, Abbé Lemire, die Fragen und Beschlüsse die den Kongress beschäftigt hatten, nochmals zusammen. Er hebt hervor, dass es vor allem gelte, den allerärmsten Kreisen ihre Kleingärten zu verschaffen. Er beglückwünscht den Kongress, der von Anfang bis zu Ende vom besten Geiste beseelt war und schätzt sich glücklich, eine universelle Vereinigung zu präsidieren, die nur das moralische und materielle Beste der Schwächen fördern will und Schönheit und Güte zu vereinigen sucht. Er lädt die Vertreter aller Nationen ein, den begonnenen schönen Feldzug der Befriedigung der Herzen und Geister durch das Mittel des Kleingartens fortzusetzen. — Zum Schlusse dankt der Finanzminister Dupong, der offizielle Vertreter der Luxemburgischen Regierung, der Versammlung für die Wahl des ersten der «grünen Internationale» und beglückwünscht die Kongressisten zu der geleisteten fruchtbaren Arbeit.

Gleichzeitig mit dem Kongress fand im Athenäum in Luxemburg eine internationale Kleingartenausstellung statt, die mit Photos von Kleingärten, Plänen, graphischen Darstellungen aus den beteiligten Ländern stark besickt war

L. Z.

Wohnungen für kinderreiche Familien in Basel

Nach dem Abstimmungskampf vom 10./11. Sept. 1927.

* Die «Schweizer. Zeitschrift für Wohnungswesen» hatte die Spalten ihrer letzten Nummer uns Baslern zur Verfügung gestellt, damit wir auf diesem neutralen Boden den Kampf gegen Missgunst und Egoismus führen könnten, welche einem Projekt für Errichtung von 56 Einfamilienhäuschen für kinderreiche Familien ihre Zustimmung versagen wollten. Wir haben in der letzten Nummer, wie auch in den Nummern der Monate August und April über das Projekt und über die von den Behörden beschlossene Subvention eingehender berichtet, so dass wir heute nicht mehr darauf einzutreten brauchen; wir möchten nur unsren Freunden in der ganzen Schweiz kurz über den Verlauf und das Ergebnis des Abstimmungskampfes berichten.

Den Befürwortern des Projektes war es klar, dass nicht nur aus edlen Motiven dem Unternehmen der öffentlichen Kampf angesagt wurde. Die Hausbesitzerkreise von Basel wollen mit allen Mitteln verhindern, dass auf «die sieben fetten Jahre» nun weniger fette oder gar magere folgen sollen. Man weiss in diesen Kreisen sehr wohl, dass sich bei einem grösseren Angebote auf dem Markte die bisherigen, vielfach übersetzten Mietpreise nicht mehr weiter hoch halten lassen; man sieht daher eine Wohnungsbautätigkeit grösseren Stieles nicht gerne. Schon die genossenschaftliche, gemeinnützige Bautätigkeit ist diesen Leuten ein Dorn im Auge; der eigentliche Kampf richtet sich aber gegen den staatlich finanzierten (Beleihung mit II. Hypotheken) oder gar subventionierten Wohnungsbau.

Gewiss kann man in solchen Fragen in guten Treuen verschiedener Ansicht sein; wenn aber bei einem Abstimmungskampf vom Gegner einer Sache zu Unwahrheiten und Verdrehungen und zu persönlichen Verdächtigungen der Initianten gegriffen werden muss, wie dies in Basel vorkam, dann muss es mit den Argumenten des Gegners nicht weit her sein. — Es war denn auch wirklich «hahnebuchen», welch aufgelegter Schwindel (z. T. noch illustriert) von den Gegnern den Stimmberichtigten präsentiert wurde. Im Gegensatz dazu haben es sich die Freunde der Vorlage zur Pflicht gemacht, dem Volke nur die Wahrheit zu sagen. Kurz vor der Abstimmung erliess das Initiativkomitee an die Stimmberichtigten noch einen letzten Aufruf mit der Ueberschrift: «Lügen haben kurze Beine», worin mit knappen Worten einige gegnerische Behauptungen widerlegt wurden.

Nun ist der Kampf vorüber; die Vorlage wurde vom Volke mit 9205 Ja gegen nur 5520 Nein angenommen. Die Wohnungen für die kinderreichen und minderbemittelten Familien können nun mit staatlicher Hilfe erstellt werden.

Wir werden bei späterer Gelegenheit wieder auf das grosszügige, gemeinnützige Unternehmen zurückkommen. Für heute aber sei allen denen, welche die gute Sache auf diese oder jene Weise unterstützt haben, der beste Dank ausgesprochen und wir möchten hier nicht unterlassen, vor allem der «Schweizer. Zeitschrift für Wohnungswesen» zu danken. Auf Grund eines Entgegenkommen des Verlages war es möglich in Basel eine grosse Extraauflage der Zeitschrift zu vertreiben und man darf ruhig sagen, dass sich die Zeitschrift damit ein grosses Verdienst um den Sieg der guten Sache erworben hat.